Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 55 (1961)

Heft: 1

Artikel: Weltrundschau : ein gefährliches Jahr ; Treibende Kräfte im Westen ; Der Kampf um Laos ; Neuorientierung des Kommunismus ; Bewegliche Taktik ; Verständigung, nicht Diktat

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140541

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ein gefährliches Jahr Es ist eine unruhige, aufgewühlte, spannungsgeladene Welt, die das soeben heraufgekommene Jahr 1961 sieht. Überall «kleiner» Krieg, Bürgerkrieg, soziale Gärung; überall die Gefahr, daß sich diese örtlichen Sturmzentren zu einem Weltorkan zusammenballen, der den größten Teil der Menschheit mit ihrer ganzen Gesittung vernichten müßte.

Richtiger Krieg wird in Algerien geführt — schon im siebenten Jahr, und auch die Volksabstimmung, die am 8. Januar in Frankreich über die Algerienfrage ergangen ist, wird keine Lösung bringen, so zweideutig, ja unehrlich ist die ganze Politik, die dahinter steht, zumal in Frankreich selbst nur eine schwache Mehrheit der Stimmberechtigten (die sich zu etwa 25 Prozent der Stimmabgabe enthielten) mit Ja gestimmt hat. In Algerien aber hat nur eine Minderheit der eingeschriebenen Wähler trotz dem Druck der Armee Ja geschrieben. Das als einen Erfolg der Politik de Gaulles hinzustellen, der Algerien dem Frieden entgegenführen werde, dazu gehört schon ein großes Stück propagandistischer Verdrehungskunst!

Im Kongo herrscht weiter Bürgerkrieg und Chaos, und die UNO erweist sich als ohnmächtig, Frieden und Ordnung zu schaffen. In Ost- und Zentralafrika wird auch die oft so überlegene britische Kolonialpolitik mit dem andrängenden schwarzen Nationalismus nicht mehr fertig. In Äthiopien hat das feudal-absolutistische Regime Haile Selassies einen neuen Aufstand — es war schon der siebente — nur mit Mühe blutig niederschlagen können. Vorderasien und Ägypten sind innerlich ganz und gar ungefestigt, so daß eine neue Ablenkung auf Israel für die arabischen Staaten dauernd im Bereich des Möglichen liegt. Erst recht brüchig ist die soziale und politische Ordnung in Ost- und Südostasien; der Kampf um Laos erinnert uns fortwährend daran, daß das eigentliche Ziel der Vereinigten Staaten, ihrer Verbündeten und ihrer Satelliten der gewaltsame Sturz des kommunistischen China ist. Ob sich aus dem wirtschaftlichen und politischen Boykott, mit dem die nordamerikanische Union das neue Kuba auf die Knie zu zwingen hofft, eine förmliche Gegenrevolution und gar ein militärischer Angriff auf den gefährlichen sozialistischen Inselstaat entwickelt, ist noch nicht abzusehen, läge aber durchaus auf der Linie der früheren USA-Eingriffe in Mittelamerika. Und daß dann die Sowjetunion nicht untätig bliebe, steht schon heute fest.

Gleichzeitig ist die bürgerlich-kapitalistische Welt auch von innen her ständig bedroht. In Japan besonders kommen die Arbeitermassen immer wieder in gefährliche Bewegung. In Italien löst sozusagen ein Streik den anderen ab. Und gerade jetzt wird Belgien von einem schlagartig ausgebrochenen Generalstreik erschüttert, als Gegenwehr

des Arbeitervolkes gegen den Versuch, die Lasten einer verfehlten Wirtschaftspolitik und des verbrecherischen neuen Kongoabenteuers der Herrschenden auf die schwächsten Schultern abzuladen. Dabei herrscht in der kapitalistischen Wirtschaft fast überall Hochkonjunktur wie kaum jemals zuvor. Was, abgesehen von den sittlichen Schäden des Wohllebens, die sich so ungehemmt breit machen, freilich nicht hindert, daß Armut und Not die getreuen Begleiter der Profit- und Ausbeutungswirtschaft bleiben. In Belgien zählt man auch normalerweise über 100 000 Arbeitslose, in den Vereinigten Staaten mehr als vier Millionen. Und dann das Elend der unterentwickelten Völker! Die reichen Nationen tun noch immer nichts Wirksames, um den Hunger der Proletariervölker zu stillen. Was Herbert Mochalski in der «Stimme der Gemeinde» (Nr. 1/1961) nüchtern feststellt, sollte unser Gewissen nie wieder in Ruhe lassen:

«Täglich (jeden Tag) verhungern 100 000 (hunderttausend) Menschen. Täglich (jeden Tag) geben die großen und kleinen Staaten — von Washington bis Moskau — 1 850 000 000 (eine Milliarde und achthundertfünfzig Millionen) DM für die Rüstung aus. Aber wahrscheinlich ist diese Zahl schon überholt, und wir stehen heute bei zwei Milliarden. Täglich 100 000 Verhungerte — täglich zwei Milliarden DM für die Rüstung. Bleibt es dabei, endet dieser Weg in der nuklearen Katastrophe (weil kein Staat diese Ausgaben aushält) oder in einer schrecklichen Abrechnung der hungernden Völker mit uns Weißen. Dabei wird keine Rolle spielen, ob wir auf der Seite der USA oder auf der Seite der Sowjetunion stehen. Für die Verhungernden sind die einen wie die anderen Weiße, die es hinnehmen und ertragen, daß täglich 100 000 Menschen umkommen, aber zwei Milliarden DM in die Rüstung gesteckt werden. Wenn 1961 auf diesem Wege nicht haltgemacht wird, können die USA und die Sowjetunion und ihr jeweiliger Anhang sich ausrechnen, wann sie auf die eine oder andere Weise zugrunde gehen. Darum gibt es ein gemeinsames Interesse der USA und der SU. Werden die verantwortlichen Männer danach handeln?»

Treibende Kräfte im Westen Wir haben einigen Grund, zu glauben, daß auf sowjetisch-kommunistischer Seite die verantwortlichen Führer die Notwendigkeit einsehen, mit der verhängnisschweren Praxis des Kalten Krieges zu brechen. Ich werde nachher einläßlicher davon reden. Wie steht es im *westmächtlichen* Lager? Man erwartet weitherum von John Kennedy, dem neuen amerikanischen Präsidenten, und seiner äußerst sorgsam zusammengestellten Regierung ein frischeres Anpacken der politischen Aufgaben, eine Abkehr von gewissen als verkehrt erwiesenen Verhaltensweisen, ein Vorwärtsdrängen auf neuen Geleisen. Es fehlt namentlich nicht an zweifellos guten Ratschlägen für eine neue Weichenstellung in der Außenpolitik der Vereinigten Staaten, die von der militä-

rischen Bekämpfung des Kommunismus mehr und mehr ab- und zu großzügiger Wirtschaftshilfe an die notleidenden Völker übergehen solle. Damit, so heißt es wohl, entziehe man die unterentwickelten Länder am sichersten dem kommunistischen Einfluß und beseitige die Ursachen, die jetzt in vier Weltteilen so unendlich viel Unruhe, Erschütterung und Kriegsgefahr erzeugen. Aber demgegenüber muß eben immer wieder gesagt werden, daß sich der amerikanische Kapitalismus und Imperialismus von Grund auf ändern, ja — wenn man will — sich selbst aufgeben müßte, wenn er internationale Solidarität an Stelle von nationalistischer Beherrschung, selbstlose Hilfe an Stelle von Profitstreben und Ausnützung der Notlage des Schwächeren zu seinem Leitgedanken erheben wollte. An seinen Erfolg bei solch friedlichem, vor allem wirtschaftlichem und sozialem Wettbewerb mit dem Kommunismus vermag er darum selbst nicht zu glauben; eine neue Ausweitung seines immer mehr einschrumpfenden Lebensraumes erwartet er viel eher von der gewalttätigen, sowohl mit wirtschaftlichen als mit politischen und militärischen Kampfmitteln arbeitenden Eindämmung und Zurückdrängung des Kommunismus und Sozialismus. Hat nicht Nixon, der geschlagene republikanische Präsidentschaftskandidat, offen von einem möglichen «pre-emptive strike», einem vorbeugenden, dem Gegner zuvorkommenden Schlag der Luftwaffe (mit Atomraketen) gesprochen, und hat Hanson Baldsin, der bekannte amerikanische Militärschriftsteller, nicht vermutet, daß Kennedy diese Auffassung teile? (Vgl. «New York Times», 1. November 1960.)

Die Gefahr eines dergestalt ausgelösten Atomkrieges würde nicht geringer, sondern eher noch größer, wenn nach dem vielbesprochenen Norstad-Plan die Verfügung über den Einsatz von Atomwaffen nicht den einzelnen nationalen Generalstäben überlassen bliebe (wie das besonders das Ideal de Gaulles ist), sondern in die Hände der NATO-Führer gelegt würde, bei denen alle Informationen zusammenliefen und die allein rasch und entschlossen zuzuschlagen imstand seien. Denn das käme — bei der Unmöglichkeit, zeitraubende Verhandlungen über das Losschlagen zwischen den Regierungen zu führen — tatsächlich darauf hinaus, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden bei den Militärführern läge, die sich erfahrungsgemäß und ganz natürlicherweise in erster und letzter Linie von strategischen, nicht von politischen Erwägungen leiten lassen. Und es hieße weiter, daß neben den amerikanischen vor allem die westdeutschen Militärführer die Entscheidung über die Auslösung eines Atomkrieges hätten, gewinnt doch die neue westdeutsche Wehrmacht immer mehr Gewicht innerhalb der NATO und sähe sie doch auf dem Umweg über die NATO ihren brennenden Wunsch, Kernwaffen in die Hand zu bekommen, endlich erfüllt.

Von Abrüstung wird so auch unter Kennedy keine Rede sein können, um so weniger als — man muß auch das immer wieder betonen — für die amerikanische Wirtschaft das Rüstungsgeschäft eines der

sichersten Mittel ist, eine umfassende Krise abzuwenden. Kardinal Spellman dürfte darum ganz im Sinn der Wirtschafts-, Staats- und Militärführer seines Landes gesprochen haben, wenn er in einer Weihnachtsansprache davor warnte, sich von den sowjetischen Abrüstungsvorschlägen blenden zu lassen; würde der Westen darauf eintreten — fügte er bei —, dann würde über kurz oder lang nur die nicht abgerüstete (!) Sowjetunion über ihn herfallen . . .

Denn das ist ja immer das Grunddogma, das den Westvölkern eingehämmert werden muß: Sobald die «freie Welt» irgendwelche Schwäche zeigt, setzt der kommunistische Block seine Eroberungsmaschine in Bewegung. Die Aufrechterhaltung der Furcht vor einer sowjetisch-chinesischen Überflutung des Abendlandes bleibt nach wie vor das unentbehrliche Mittel, die westlichen Völker für die Gutheißung immer höher getriebener Kriegsrüstungen zu gewinnen, mag das auch in noch so primitiver Art und Weise geschehen — so etwa, wie Bundeskanzler Adenauer in seiner Radiorede am Weihnachtstag behaupten durfte, «die Auseinandersetzung zwischen Christentum und kommunistischem Atheismus drücke unserer Epoche den Stempel auf», oder wie in unserer Schweiz die Lüge von dem beabsichtigten «Budapester Kindermord» fast durch die ganze Presse ging und sich zu einer ganzen Reihe von Protestresolutionen von Kantons- und Gemeinderäten, Lehrerorganisationen, Schulklassen und so fort verdichtete, mit einem Fackelzug empörter Mittelschüler und Studenten in Zürich als krönendem Abschluß.

Der Kampf um Laos Der neue Präsident der Vereinigten Staaten wird sehr bald Gelegenheit haben, zu beweisen, wes Geistes Kind er ist, wenn er die Richtlinien für die amerikanische Politik gegenüber *Laos* und damit für ganz Südostasien festlegt. Das hinterindische Königreich Laos hat ja für die bisherige amerikanische Außenpolitik eine erstrangige Schlüsselposition inne. Unmittelbar an China (und das kommunistische Nordvietnam) grenzend, soll es als Landbrücke im Kampf gegen die Chinesische Volksrepublik dienen, wenn einmal — wie Tschiang Kai-schek und seine amerikanischen Freunde ersehnen — der jetzt nur «kalt» geführte Krieg gegen Peking in den heißen Krieg übergeleitet würde. Inzwischen stellt Laos, obwohl der Südostasiatischen Vertragsorganisation (SEATO) nicht angehörend, einen Hauptstützpunkt der Vereinigten Staaten in Südostasien dar; entgleitet es der amerikanischen Kontrolle, so ist wahrscheinlich auch Thailand (Siam) für die USA verloren und die ganze Machtstellung der Vereinigten Staaten in Südost- und Ostasien erschüttert.

Aus diesem Grund weigerte sich schon Staatssekretär Dulles, zusammen mit Großbritannien, Frankreich und der Sowjetunion den Vertrag von Genf zu unterzeichnen, der dem französischen Kolonialkrieg in Indochina ein Ende machte und bestimmte, daß Laos, Kam-

bodscha und Südvietnam militärisch und politisch neutral sein sollten und außerdem durch eine Verständigung mit den kommunistischen Streitkräften in Laos (vor allem dem Pathet Lao) eine innerpolitische Verständigung und Einigung aller Volksteile zu erstreben sei. Laos führte den Vertrag getreulich aus; die Verständigung mit dem Pathet Lao kam im November 1957 zustande, und im folgenden Jahr fanden Wahlen zur Volksvertretung statt, die die starke Stellung des Pathet Lao bekundeten und dem neutralistischen Regime eine feste Grundlage zu geben schienen.

Aber bereits arbeitete Amerika planmäßig gegen die neue Ordnung der Dinge. Dulles hatte schon im September 1954 (als Antwort auf den Genfer Vertrag) die SEATO gegründet, und nun sammelte er unter Aufwendung beträchtlicher Geldmittel und mit Hilfe gleichstrebender südostasiatischer Kräfte umsichtig die reaktionäre Opposition gegen die laotische Regierung, die unbedingt unter amerikanischen Einfluß gebracht werden sollte. Kurz nach den Wahlen, im September 1958, gelang denn auch der Schlag. Die Regierung des Prinzen Souvanna Phouma (übrigens eines Halbbruders des Führers von Pathet Lao) wurde verfassungs- und gesetzwidrig zum Rücktritt gezwungen und ein ausgesprochen amerikahöriges Regime aufgerichtet. Laos bekam von den Vereinigten Staaten großzügige Wirtschafts- und Militärhilfe; das heißt die Wirtschaftshilfe floß so ziemlich in die Taschen einer dünnen Oberschicht, während die Militärhilfe dazu diente, eine Armee von 30 000 Mann aufzustellen und auszurüsten, die vor allem die Einhaltung des reaktionär-antikommunistischen Kurses zu sichern hatte.

Trotzdem kam es im August 1960 zu der bekannten Revolte des Hauptmanns Kong Le und seiner freilich sehr schwachen Streitkräfte. Der Regierungskurs wurde wiederum auf die Linie der Neutralität und der innerpolitischen Zusammenarbeit von Rechts- und Linksgruppen, mit Einschluß der Kommunisten, gebracht. Aber wiederum organisierten die Vereinigten Staaten den Gegenschlag. Mit ihrer Unterstützung zogen der Putschführer Oberst Abhay und die Generäle Nosavan und Phoumi gegen die Regierung von Vientiane zu Feld, während von Thailand aus die Hauptstadt blockiert wurde, die so auf ausländische Versorgung mit Lebensmitteln und Gebrauchsgütern angewiesen war. Eine sowjetische Luftbrücke führte denn auch Mehl, Zucker und Petrol heran, was einen heftigen Protest des amerikanischen Botschafters zur Folge hatte. Der Ministerpräsident, Prinz Souvanna Phouma, erwiderte ihm kühl und stolz: «Für die inneren Angelegenheiten von Laos ist die laotische Regierung verantwortlich und nicht das amerikanische Staatsdepartement. Wenn ich etwas tun will, so setze ich nicht den französischen oder den britischen Botschafter davon in Kenntnis. Warum sollte ich es mit dem amerikanischen Botschafter anders halten?»

Die Vereinigten Staaten drohten nun mit der Einstellung der Wirtschafts- und Militärhilfe an Laos, brauchten aber ihre Drohung nicht

endgültig auszuführen, weil unterdessen die gegenrevolutionären Streitkräfte mehr und mehr die Oberhand gewonnen hatten und der Ministerpräsident nach Kambodscha fliehen mußte. Aber auch die amerikanisch orientierte «Gegenregierung», die rasch eingesetzt wurde, steht auf schwachen Füßen, haben sich doch die Anhänger der Regierung Souvanna Phouma neu gesammelt und in den letzten Tagen die Streitkräfte der reaktionären Generäle weit zurückzudrängen vermocht — zweifellos irgendwie von außen her unterstützt, wenn sich auch die Behauptung, nordvietnamesische Bataillone seien in Laos eingedrungen, glücklicherweise nicht bestätigt hat. Denn entspräche sie den Tatsachen, so läge ein offizielles Eingreifen amerikanischer Streitkräfte in den laotischen Bürgerkrieg gefährlich nahe.

Wie dem aber auch sei: die Lage ist, politisch gesehen, durchaus klar. Die Vereinigten Staaten suchen mit allen Mitteln, entgegen dem Willen des laotischen Volkes und seiner aus freien Wahlen hervorgegangenen rechtmäßigen Regierung, Laos zu beherrschen. Sie organisieren und unterstützen seit Jahr und Tag diejenigen Kräfte, die in Laos selbst und von Thailand her die neutralistische Regierung mit Gewalt zu stürzen suchen, eine Regierung, die ihrerseits das volle Recht hat, zur Abwehr dieser Versuche ausländische Hilfe in Anspruch zu nehmen. Die vietnamesisch-sowjetische Hilfe ist dabei unvergleichlich geringer als die Unterstützung, die Laos und besonders seine feudalreaktionären Gruppen von Amerika her genießen. Es ist also nicht wahr, was die amerikanische Propaganda der Weltöffentlichkeit einzureden versucht, daß es die Kommunisten seien, die Unruhe, Aufstand und Bürgerkrieg nach Laos getragen und gegen die rechtmäßige Regierung eine Rebellion entfesselt hätten. Die Rebellen sind in Wirklichkeit die von Amerika ausgehaltenen Offiziere und ihre Anhänger, die die Regierung Souvanna Phouma vertrieben haben und nun selbst Regierung spielen. Es ist auch nur eine Halb- oder Viertelswahrheit, wenn beispielsweise «U. S. News & World Report» (2. Januar 1961) schreibt: «Wie im Koreakrieg, der 54 246 Amerikanern das Leben kostete, bevor er beendet wurde, unterstützen die kommunistischen Mächte die eine Seite in Laos, während die Vereinigten Staaten die andere unterstützen.» In Nordkorea war damals eine kommunistische Regierung am Ruder, während in Laos die Regierung einen ausgesprochen neutralistischen Kurs verfolgte und nur durch die Putschisten und die hinter ihnen stehenden Vereinigten Staaten, die Neutralität mit Kommunismus gleichsetzen, gezwungen wurde, um fremde Hilfe nachzusuchen. Dennoch *kann* sich der Konflikt in Laos zu einer Auseinandersetzung zwischen der kommunistischen und der kapitalistischen Welt entwickeln, wenn nicht endlich den amerikanischen Umtrieben der Riegel gestoßen wird. In Großbritannien verfolgt man denn auch mit unverhohlener Besorgnis die südostasiatische Politik der Vereinigten Staaten, ohne daß freilich der Wille lebendig würde, dem Genfer Abkommen, das doch die britische Regierung mit-

unterzeichnet hat, Geltung zu verschaffen oder die Vereinten Nationen zur Friedenswahrung in Laos aufzubieten.

Neuorientierung des Kommunismus All die Konflikte, die die kapitalistische und die kommunistische Welt gegeneinander stellen, sind freilich nur recht verständlich, wenn man sich — außer den treibenden Kräften des Kapitalismus — auch die Generallinie des internationalen Kommunismus vor Augen hält. Sie ist kürzlich in der Schlußkundgebung der großen *Moskauer Konferenz* vom November 1960 neu festgelegt worden, die noch in unserer Dezember-Rundschau kurz erwähnt werden konnte, aber gewiß einer einläßlicheren Würdigung wert ist. Nicht daß wir nun glaubten, daß darin alle Vorder- und Hintergründe der kommunistischen Weltpolitik enthüllt worden seien; aber soviel darf man doch sagen, daß dieses Schriftstück ein Licht auf die wesentlichen Tendenzen im Weltkommunismus von heute wirft, ja einen Wendepunkt in der Entwicklung des Kommunismus markiert.

Es ist eben nicht allein der vielberedete Gegensatz zwischen Moskau und Peking, der die Konferenz beherrscht hat; vielmehr haben die vierwöchigen Beratungen das ganze Gebiet der kommunistischen Weltstrategie umfaßt und den Zweck verfolgt, den 81 in Moskau vertreten gewesenen Parteien eine Richtlinie für ihre nationale und internationale Politik zu geben. Und da, wie es in der Schlußerklärung heißt, die Kommunistische Partei der Sowjetunion «die anerkannte, allumfassende Vorhut der Arbeiterbewegung der Welt ist und bleibt», so erscheint es angezeigt, von dem Bild auszugehen, das heute die *Sowjetunion* dem Beobachter darbietet. Der amerikanische Gewerkschafter und Journalist Sidney Lens, der unlängst eine ausgedehnte Reise durch die Sowjetunion gemacht hat, stellt in Übereinstimmung mit allen andern Besuchern des Riesenreiches fest, daß die UdSSR heute ein ganz anderes Gesicht hat als vor sieben Jahren, da Stalin starb. Das Regime Stalin, so bemerkt er in den «Peace News» (2. Dez. 1960), war durch nackten Terror gekennzeichnet. Chruschtschew, getragen von starken neuen Kräften, hat dann der Geheimpolizei die Flügel gestutzt. Die Zwangsarbeitslager sind aufgehoben; Säuberungsprozesse gibt es nicht mehr. Die Rechtssicherheit wird immer größer; die Furcht vor Spähern ist einer weitgehenden Freiheit auch kritischer Meinungsäußerung gewichen. Hand in Hand damit geht eine erhebliche Vermehrung der Verbrauchsgüter. «Während des gegenwärtigen Siebenjahresplanes — der bis 1965 reichen soll — baut oder subventioniert der Staat 22 Millionen Wohnungen, genug, um den vierten Teil der Bevölkerung unterzubringen ... Bei Fleisch, Schuhen und Kleidung — die immer noch ein ungenügendes Angebot aufweisen — wird die Kluft gegenüber der Nachfrage von Jahr zu Jahr immer mehr ausgefüllt. Die Fleischerzeugung ist im Jahr 1960 um 19 Prozent gestiegen und wird sich unter dem gegenwärtigen Plan verdoppeln. Che-

mikalien — die großenteils für Plastik- und andere Verbrauchswaren verwendet werden sollen — werden verdreifacht werden. Die Sowjets stehen nahe an einem wirtschaftlichen Durchbruch . . . Sie werden bald imstande sein, hinreichend Kapital für die Schwerindustrie aufzubringen und gleichzeitig die Lebenshaltung merklich zu erhöhen.» Dazu kommt, daß der Sowjetbürger «einen in den Vereinigten Staaten unbekannten Grad von Sicherheit genießt: kostenfreie ärztliche Behandlung, ein angesichts der Lohnhöhe ausgezeichnetes Pensionssystem, ausgedehnte Bildungsmöglichkeiten, ein großzügiges und billiges Kulturprogramm . . . Und wenn gleichzeitig der Drang nach Freiheit fortdauert (wie er muß), dann wird der Mann auf der Straße nahe an ein gutes Leben herankommen.»

Damit geht — so erklärt das neue Kommunistische Manifest — der Sozialismus mehr und mehr in den Kommunismus über, wofür es nötig ist, «daß die Produktion einen hohen Entwicklungsstand erreicht dank der Einführung der modernsten Technik, der Elektrifikation der Volkswirtschaft, der Mechanisierung und Automatisierung, ohne die man nicht die Fülle von Verbrauchsgütern sichern kann, die für die kommunistische Gesellschaft unentbehrlich sind». Die sozialistische Wirtschaftsweise müsse aber im Weltmaßstab organisiert werden. Es gelte, so heißt es weiter, «die internationale Arbeitsteilung zu vervollkommnen durch die gegenseitige Abstimmung der Wirtschaftspläne, die Spezialisierung und Zusammenarbeit der Produktion» usw. Daß dies tatsächlich schon in weitem Umfang geschieht, weiß man aus der Tätigkeit des «Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe» der Länder des Ostblocks (nach der immer mehr einreißenden Abkürzungsmode «Comecon» genannt), der eine bedeutende Macht gewonnen und die Ostländer innerhalb der letzten zehn Jahre auch auf den westlichen Märkten zu Einfluß gebracht hat. Ein in Westdeutschland erschienenes Buch «Die rote Wirtschaft wächst» stellt (nach der «Anderen Zeitung», erste Dezemberausgabe 1960) fest, daß das Nettosozialprodukt (Volkseinkommen) der östlichen Länder schneller wächst als dasjenige der Westländer, in der Sowjetunion zum Beispiel zwischen 1950 und 1957 von 100 auf 203, in der Deutschen Demokratischen Republik auf fast 220 Prozent, in den Vereinigten Staaten aber nur auf 119, in der Deutschen Bundesrepublik auf 172 Prozent. 1959 betrug der Anteil der Ostländer an der Weltproduktion rund 34 Prozent, soll aber bis 1965 auf 50 Prozent steigen. Die gegenseitige Unterstützung der Comecon-Länder wird planmäßig ausgebaut, durch Lieferung von Maschinen und Fabrikanlagen zum Beispiel; zur Erweiterung der Energiegrundlage ist man jetzt daran, ein gemeinsames Hochspannungs-Verbundnetz zu erstellen und eine 4500 km lange Erdölrohrleitung aus Mittelrußland nach Polen, Ostdeutschland, Ungarn und der Tschechoslowakei zu bauen. Der Ostblock tritt so immer mehr als einheitliche Wirtschaftsmacht auf, die nach weitausschauendem Plan gelenkt und eingesetzt wird.

Diese ganze Entwicklung hat schwerwiegende Folgen. Zunächst verstärkt sie bei den Völkern der Ostländer und ihren Regierungen immer mehr das Verlangen nach Frieden als einer unentbehrlichen Voraussetzung für die weitere Hebung von Wohlstand und Kultur. Sodann aber macht die fortschreitende Erhöhung ihrer Wirtschaftskraft die Länder des Ostblocks auch politisch und militärisch immer unangreifbarer und immer wettbewerbsfähiger gegenüber den Westländern. Das birgt zwar die Gefahr in sich, daß die westmächtlichen Militärführer, die mehr und mehr die Politik ihrer Staaten bestimmen, zu einem Vorbeugungskrieg gegen den Osten geradezu aufgereizt werden. Aber das Moskauer Manifest zieht einen anderen Schluß aus dieser Sachlage. Seine Verfasser sind überzeugt, daß die zunehmende Verschiebung der Machtgewichte zugunsten des Ostblocks einen *Krieg* mehr und mehr *unwahrscheinlich* mache. Wohl sei der Krieg immer noch «der ständige Begleiter des Kapitalismus», aber er sei nicht mehr «schicksalhaft unvermeidlich». Die Imperialisten, mit den Vereinigten Staaten an ihrer Spitze, seien nach wie vor angriffslustig, aber, so wird gesagt, «die Zeit ist vorbei, da sie nach Belieben entscheiden konnten, ob es Krieg geben solle oder nicht». Die Macht der kommunistischen Länder in Verbindung mit der Befreiungsbewegung der Kolonialvölker führe dazu, daß «örtliche Kriege, die von den Imperialisten entfesselt wurden», erfolgreich bekämpft werden könnten, wobei wohl vor allem an den Suezkrieg zu denken ist, aber auch an Irak und Algerien, an Laos, Vietnam und Formosa. So erscheine es als wohl möglich, «den Krieg aus dem Leben der Gesellschaft auszuschalten, bevor der Sozialismus den vollständigen Sieg errungen hat, und während der Kapitalismus in einem Teil der Welt noch weiterbesteht».

Bewegliche Taktik Das ist ein bedeutungsvoller Fortschritt über die bisherige kommunistische Theorie und Strategie hinaus, wenigstens über ihre früheren offiziellen Formulierungen in den Kundgebungen der Komintern und Kominform, aber tatsächlich auch über die leninistische Lehre, obwohl sich das Moskauer Manifest als rechtgläubige Anwendung von Lenins Imperialismuslehre gibt. Es ist die Bekräftigung und Weiterführung der Linie, die schon an der Moskauer Konferenz von 1957 (aus Anlaß der 40-Jahr-Feier der Russischen Revolution) skizziert worden war, die *Anerkennung von Chruschtschews Koexistenzpolitik* durch die Vertreter der gesamten kommunistischen Internationale. Und doch ist es nicht einfach eine Niederlage der «chinesischen Schule», die ja auch außerhalb China eine starke Anhängerschaft hat. Koexistenz der beiden Lager, in die die Welt aufgespalten ist, heißt im Sinne der neuen Moskauer Erklärung nicht Verwischung der Gegensätze zwischen ihnen und nicht grundsatzlose Zusammenarbeit von Kommunisten und Imperialisten. «Für den Frieden zu kämpfen», so lesen wir, «heißt, die

Umtriebe und Machenschaften der Kriegstreiber genau überwachen und gegen sie den heiligen Zorn der Völker erwecken.» Koexistenzpolitik schließt in sich «Verstärkung des Kampfes der Arbeiterklasse und des Kampfes der nationalen Befreiungsbewegungen». «Die nationale Befreiungsbewegung steht an Bedeutung nur der Bildung des sozialistischen Weltsystems nach.» «Allen Völkern, die noch in kolonialer Knechtschaft schmachten, muß jede Unterstützung gewährt werden»; die Schaffung «unabhängiger nationaler Demokratien» wird als besondere Notwendigkeit und Aufgabe der kommenden Jahre erklärt.

Was das genau heißt: «unabhängige nationale Demokratien», ist aus dem Manifest nicht ersichtlich; darunter kann man alle neuen Staats- und Gesellschaftsformen verstehen, die sich irgendwo außerhalb des kommunistischen Lagers bilden, die Vereinigte Arabische Republik ebenso wie die «gelenkte Demokratie» Sukarnos in Indonesien, das revolutionäre Kuba wie das Regime Kassem im Irak oder einen Kongostaat unter Lumumba. Aber diese Unklarheit ist sicher gewollt; sie bietet alle Möglichkeiten einer beweglichen Taktik im großen Weltkampf und legt sich beispielsweise in keiner Weise auf Aktionen im Rahmen der Vereinten Nationen fest, die in dem Dokument überhaupt nicht erwähnt sind. Auf jeden Fall ist die hier verkündete Politik, wie der «New Statesman» schreibt (10. Dez. 1960), «weit entfernt von Stalins Beargwöhnung der Nationalisten und Neutralisten. Wo einst die Haltung eines Landes gegenüber der Sowjetunion der Prüfstein für die Kommunisten war, da werden heute Völker und Parteien nach ihrer Haltung gegenüber den ‚Imperialisten' im allgemeinen und den Vereinigten Staaten im besonderen beurteilt.» Gerade weil den Verfassern der Erklärung von Moskau ein neuer Weltkrieg undenkbar erscheint und begrenzte Kriege am Rande der Geschichte nach ihrer Auffassung eingedämmt werden können, glauben sie, eine Operationsfreiheit gewonnen zu haben, die ihnen bei einer mehr dogmatisch-starren Auslegung der marxistisch-leninistischen Lehre verwehrt bliebe.

Damit aber daraus ja nicht irgendeine «Rechtsabweichung» abgeleitet werden könne, betont das Manifest, daß der *Revisionismus* nach wie vor die Hauptgefahr sei, nicht zuletzt verkörpert in Jugoslawien. «Für die marxistisch-leninistischen Parteien ist es immer die Hauptaufgabe, die jugoslawischen Revisionisten zu brandmarken und energisch zu kämpfen, um die Arbeiterbewegung und die kommunistische Bewegung vor den leninfeindlichen Ideen der jugoslawischen Revisionisten zu schützen.» Das ist eine bittere Pille für Tito und seine Mannschaft, ist auch undankbar gegenüber den Vertretern Jugoslawiens in den Vereinten Nationen, die oft genug mit den «echten» Kommunisten gegen die Westmächte und ihre Verbündeten gestimmt haben. Aber es stellt eben ein deutliches und wohl unvermeidbares Zugeständnis an die Chinesen dar, die offenbar Wert darauf legten,

daß Koexistenz nicht mit kommunistisch-kapitalistischer Verbrüderung gleichgesetzt werde.

Verständigung, nicht Diktat Wenn innerhalb der Kommunistischen Internationale die *Chinesen* einen «scharfen» Kurs vertreten, so hat das im übrigen seine guten Gründe. Lucio Libertini macht im «Mondo Nuovo» (Rom, 11. Dezember 1960) mit Recht darauf aufmerksam, daß es «schwer ist, von friedlicher Koexistenz zu reden für ein Land, das wie China den imperialistischen Angreifer noch auf seinem nationalen Boden sieht und dessen Küsten von einer mit Atombomben ausgestatteten amerikanischen Flotte blockiert sind. Man versteht, daß einem Land und einer Arbeiterpartei unter diesen Umständen die Aussicht auf ein Abkommen über friedliche Koexistenz als mit der Gefahr eines neuen Jalta verknüpft erscheint, der Gefahr einer Teilung der Welt, die — objektiv gesehen — die chinesische Revolution und die antikoloniale Bewegung opfern würde. Die Frage stellt sich übrigens jedem Mitkämpfer in der Arbeiterbewegung, ob Kommunist oder Sozialist: Ist ein Abkommen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten über die Koexistenz möglich, solange China aus der UNO ausgeschlossen bleibt und vom amerikanischen Imperialismus tödlich bekämpft wird? Und ferner: Sollte die Wahl nur stehen zwischen Dogmatismus und Nachgeben?»

Aber auch von seiner innerpolitischen Entwicklung her wird China zu einer «harten Linie» gedrängt. Die Chinesische Volksrepublik steht in einem viel früheren Stadium ihres sozialistischen Aufbaus als die Sowjetunion. Trotz all ihren riesigen Fortschritten hat sie noch mit gewaltigen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die elementaren Notwendigkeiten ihres Aufstiegs sind zwar erfüllt, der Hunger ist, soweit nicht Naturkatastrophen aller «Gebilde von Menschenhand» spotten, im wesentlichen besiegt, für eine leistungsfähige Schwerindustrie ist der Grund gelegt, die Konsumgütererzeugung wird mit jedem Jahr ertragreicher, und die Volkskommunen haben wohl die Anfangsnöte im ganzen hinter sich. Aber China ist mit seiner Industrialisierung und Modernisierung nach kaum elf Jahren selbstverständlich noch viel weiter zurück als die jetzt 43 Jahre alte Sowjetunion, und die Lebenshaltung seiner Bevölkerung ist im Durchschnitt erst recht tiefer als diejenige der westeuropäisch-amerikanischen Völker. Von einer wesentlichen Lockerung seines straffen, autoritären Regimes kann darum noch keine Rede sein; ein Chruschtschew ist im heutigen China rein sachlich noch nicht möglich, und darum empfindet man in der großen ostasiatischen Volksrepublik den Gegensatz zur kapitalistischen Welt viel stärker als in der Sowjetunion, die bereits selbstsicher den Wettbewerb mit den Vereinigten Staaten aufnehmen kann und sich eine gewisse Liberalisierung des Regimes durchaus leisten darf, ja leisten muß.

Diesen Unterschied zwischen der Lage der Sowjetunion (wie auch

anderer kommunistischer Länder Europas) und derjenigen Chinas muß man sich immer vor Augen halten, wenn man die Auseinandersetzungen zwischen Moskau und Peking verstehen will. Gerade darum ist aber auch das ganze Gerede von einem machtpolitischen Gegensatz zwischen beiden Ländern, der früher oder später zu offener Feindschaft führen müsse, so widersinnig, ist bloßes Wunschdenken, dem die wirklichkeitsgemäße Begründung fehlt. Was die Sowjetunion und China verbindet, ist viel stärker, als was sie trennt; es ist die Gemeinsamkeit der sozialen und politischen Zielsetzung, der Art und Weise, die Welt anzuschauen, des Kampfes für eine von Gewinnstreben und Ausbeutung, von Armut und Unkultur freie gesellschaftliche Ordnung. Die Verschiedenheit des beidseitigen Wachstumsstadiums mag zu Reibungen und Spannungen führen; zu einem Bruch, der den Ostblock sprengen und der westmächtlich-kapitalistischen Welt den ersehnten Triumph bringen würde, wird sie nicht führen.

Dies auch darum nicht, weil die Moskauer Erklärung — und das ist nicht ihr wenigst bedeutsames Kennzeichen — den *kommunistischen Landesparteien* bemerkenswert freie Hand in ihrem politischen Kampf läßt. «Die Kommunisten», so heißt es darin, «erstreben die allgemeine Demokratisierung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens und aller administrativen, politischen und kulturellen Einrichtungen und Körperschaften . . . Der Kampf für die Demokratie stellt einen unabdingbaren Bestandteil des Kampfes für den Sozialismus dar.» Das Manifest bestätigt sachlich die schon in der Schlußerklärung der kommunistischen «Gipfelkonferenz» von 1957 gemachte Feststellung, daß die soziale und politische Umwälzung in den einzelnen Ländern entsprechend den jeweiligen Verhältnissen und Möglichkeiten, also nicht nach einem doktrinären Schema, erfolgen müsse. «Die Formen und Wege der Entfaltung der sozialistischen Revolution — so sagt sie — hängen von dem konkreten klassenmäßigen Kräfteverhältnis in diesem oder jenem Land ab, von dem Organisationsgrad und der Reife der Arbeiterklasse und ihrer Vorhut, von der Widerstandsfähigkeit der herrschenden Klassen.» Notwendig sei nur, daß in allen fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern der Kampf gegen die Wirtschaftsmonopole und für das Volkseigentum an den großen Produktionsmitteln, das heißt für die Sozialisierung und Demokratisierung der Wirtschaft in den Mittelpunkt gestellt werde. Auch hier also eine bewegliche, sich den gegebenen Umständen anschmiegende Strategie und Taktik; kein Diktat Moskaus, sondern eher eine Wegleitung auf Grund einer offenbar gründlich vorbereiteten und durchgeführten Verständigung unter den kommunistischen Parteien. Gilles Martinet geht im Pariser «Observateur» (8. Dez. 1960) so weit, daß er die Kommunistische Internationale selbst als abgetan bezeichnet. «In den meisten Fällen», so meint er, «kommt der Sowjetunion nur noch eine schiedsrichterliche und nicht mehr eine richtunggebende Rolle zu. Die chinesische Unabhängigkeit hat, wenn nicht zur Unab-

hängigkeit, so doch zur verhältnismäßigen Selbstbestimmung der übrigen (kommunistischen) Parteien geführt. Es gibt immer noch Enzykliken. Sie sind immer noch in derselben heiligen Sprache (das heißt in Vulgär- oder Küchen-Marxismus) abgefaßt. Aber man kann sie jetzt auf verschiedene Arten auslegen.»

Kurz: Die Ansätze zu einer Fortbildung der kommunistischen Lehre und Verhaltensweise in der Richtung auf eine möglichst gewaltfreie Umgestaltung der kapitalistisch-bürgerlichen Ordnungen im nationalen wie im internationalen Maßstab sind ganz unverkennbar. Es hängt nun — das muß gerade zu Beginn des Jahres 1961 wieder gesagt werden — in entscheidender Weise von der Haltung der herrschenden Klassen und ihrer Regierungen in der westlichen Welt ab, ob und wie fruchtbar sich diese Ansätze auch entfalten können. Wie wenig Aussicht im jetzigen Zeitpunkt besteht, daß die sich frei nennenden Nationen die Koexistenzpolitik der kommunistischen Staaten begünstigen, haben wir freilich auch in dieser Rundschau wieder feststellen müssen. Die Westmächte und ihre Freunde kommen ohne ein kommunistisches Schreckgespenst einfach nicht aus; nur indem sie beständig die «rote Gefahr» an die Wand malen, vermögen sie ihre Kriegsrüstungen zu rechtfertigen, und ohne Kriegsrüstungen, Militärstützpunkte in der ganzen Welt und Demonstration ihrer jeden Augenblick einsatzfähigen atomaren Zuschlagskraft wäre es mit ihrer politischen und wirtschaftlichen Machtstellung in den meisten Teilen der Welt bald aus. Je härter aber ihr Antikommunismus, desto härter auch der Kommunismus und desto schwächer die Stellung derjenigen Kräfte in der Ostwelt, die an ein friedliches Zusammenleben mit dem Westen glauben. So war es schon seit der Russischen Revolution von 1917 und den Interventionskriegen der kapitalistischen Mächte immer und immer wieder, und so scheint es auch in absehbarer Zukunft bleiben zu wollen. Wann wird endlich einmal dieser Teufelskreis durchbrochen und eine Kettenreaktion im entgegengesetzten Sinn ausgelöst werden — eine gegenseitige Ermutigung der Friedenskräfte hüben und drüben, bis hin zum endgültigen Durchbruch der Kraft, die «den Kriegen ein Ziel setzt bis ans Ende der Erde», die «Bogen zerbricht und Speere zerschlägt und die Kampfwagen mit Feuer verbrennt» (Psalm 46, 10)?

9. Januar 1961. *Hugo Kramer*

An unsere Abonnenten!

Diesem Heft liegt ein Einzahlungsschein bei. Wir bitten unsere Abonnenten höflichst um Überweisung des Abonnementsbetrages für 1961 (jährlich Fr. 20.—, halbjährlich Fr. 10.—, vierteljährlich Fr. 5.—; Ausland jährlich Fr. 21.—, halbjährlich Fr. 10.50).

Der Einzahlungsschein liegt aus technischen Gründen der *ganzen* Auflage bei.

Werbet bitte für die «Neuen Wege»! Probehefte stehen gratis zur Verfügung bei der Administration Manessestraße 8, Zürich 4.